

# Politische und rechtliche Hintergründe des Urteils gegen den ehem. peruanischen Präsidenten Alberto Fujimori

Von RiLG Prof. Dr. Kai Ambos, Göttingen\*

## I. Einleitung

Am 7.4.2009 verurteilte die Sonderstrafkammer (Sala Penal Especial, im Folgenden die Kammer) des Obersten Strafgerichtshofs Perus (Corte Suprema de Justicia de la República, CSJ) den Ex-Präsidenten Alberto Fujimori Fujimori in erster Instanz zu einer Gefängnisstrafe von 25 Jahren.<sup>1</sup> Fujimori wurde wegen schweren Totschlags/Mordes (homicidio agravado/asesinato) in 25 Fällen und schwerer Körperverletzung in vier Fällen aufgrund der in den Fällen Barrios Altos (November 1991) und La Cantuta (Juli 1992) von peruanischen Sicherheitskräften begangenen Taten sowie wegen schwerer Entführung in zwei Fällen (April und Juli 1992) im Fall Sótanos SIE (Servicio de Inteligencia del Ejército, Armeegeheimdienst) für schuldig befunden.<sup>2</sup> Die Kammer gründete Fujimoris strafrechtliche Verantwortlichkeit auf seine Rolle als mittelbarer Täter kraft Willensherrschaft in einem organisatorischen Machtapparat.<sup>3</sup> Fujimori hat gegen das Urteil ein Rechtsmittel (recurso de nulidad)<sup>4</sup> eingelegt, über den die aus fünf Richtern bestehende erste Übergangsstrafkammer (Primera Sala Penal Transitoria)<sup>5</sup> der CSJ zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Aufsatzes (1. November 2009) noch nicht entschieden hat.<sup>6</sup>

Für die vorliegende Sonderausgabe ist der die strafrechtliche Verantwortlichkeit Fujimoris als mittelbarer Täter betreffende Teil des Urteils ins Deutsche übersetzt worden;<sup>7</sup> er bildet den Hauptgegenstand der Kommentare der deutschen, peruanischen und niederländischen Kollegen. In diesem Artikel sollen deshalb vorrangig die politischen und rechtlichen

---

\* Ich danke meinem Mitarbeiter und Doktoranden *Florian Huber* für seine große Hilfe bei der Abfassung dieses Beitrags.

<sup>1</sup> Corte Suprema de Justicia de la República del Peru (CSJ), *Sala Penal Especial*, Exp. No. AV 19-2001 (acumulado), 7.4.2009, Fälle Barrios Altos, La Cantuta und Sótanos SIE, zugänglich unter: <http://www.pj.gob.pe/noticias/noticias.asp?codigo=10410&opcion=detalle> (zuletzt besucht am 1.11.2009).

<sup>2</sup> CSJ (Fn. 1), Parte IV Decisión, Fallo, para. 821 ff.

<sup>3</sup> CSJ (Fn. 1), Parte III Capítulo II, La autoría mediata por dominio de la voluntad en aparatos de poder organizados, para. 718-748.

<sup>4</sup> Es handelt sich dabei um ein umfassendes, gegen erstinstanzliche Urteile gerichtetes Rechtsmittel, das hinsichtlich des Prüfungsumfangs des Rechtsmittelgerichts der deutschen Berufung ähnelt (vgl. Art. 292 ff. peruan. StPO, Código de Procedimiento Penal).

<sup>5</sup> Die peruanische Corte Suprema hat drei Strafkammern, von denen zwei übergangsweise (transitoriamente) zur Bewältigung der aufgelaufenen Verfahren eingerichtet wurden

<sup>6</sup> Die Verhandlung wird voraussichtlich Ende November (23.-25.) stattfinden; s. Fujimori to personally object 25-year sentence at appeal, <http://fujimoriontrial.org/> (zuletzt besucht am 31.10.2009).

<sup>7</sup> ZIS 2009, 622 ff.

Hintergründe des Urteils behandelt werden. Dabei wird zunächst auf die während der Präsidentschaft Fujimoris verbreitete Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen eingegangen (sub II.), sodann werden Bedeutung und Einfluss der peruanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission (Comisión de la Verdad y la Reconciliación, CVR) und der inter-amerikanischen Rechtsprechung auf das Fujimori-Verfahren (III.) sowie das vorangegangene Auslieferungsverfahren zwischen Chile und Peru (IV.) dargestellt, um schließlich den Beitrag mit Anmerkungen zu dem hier gegenständlichen Urteil abzuschließen (V.).

## II. Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen während der Präsidentschaft Fujimoris

Alberto Fujimori, Ingenieur und Mathematikprofessor<sup>8</sup> mit peruanischer und japanischer Nationalität, wurde am 29. Juli 1990 als politischer Außenseiter zum Präsidenten Perus gewählt.<sup>9</sup> Nach zweimaliger Wiederwahl (1995 und 2000) blieb er in seiner dritten Amtsperiode nur bis November 2000 im Amt, weil er infolge eines Korruptionsskandals das Land in Richtung Japan verlassen musste. Von dort aus erklärte er am 17. November mittels Fax seinen Rücktritt.<sup>10</sup>

Nach seiner Wahl zum Präsidenten im Jahr 1990 hatte Fujimori auf wirtschaftliche Reformen<sup>11</sup> und einen radikalen Kampf gegen die seit Beginn der 1980er Jahre operierenden

---

<sup>8</sup> Ich hatte die Gelegenheit Fujimori in seiner Funktion als Rektor der Agraruniversität La Molina in Lima im Jahre 1988 persönlich kennen zu lernen. Fujimori moderierte damals eine ziemlich populäre politische Sendung im peruanischen Fernsehen und bat mich zu einem Gespräch in seine Universität, um mir für die am Abend stattfindende Sendung zur (deutschen) Terrorismusgesetzgebung (die ich damals im Auftrag der Nichtregierungsorganisation „Comisión Andina de Juristas“ untersuchte, vgl. *Ambos*, *Terrorismo y Ley*, 1989) einige Fragen zu stellen. Dieses Gespräch ist mir in lebhafter Erinnerung geblieben, weil schon damals Fujimoris autoritäre Züge zum Vorschein kamen: Das Gespräch verlief eher als „peinliche Befragung“ denn Dialog und nachdem ich alle Fragen beantwortet hatte, komplementierte mich Fujimori relativ schnell heraus, ohne auch nur zu fragen, wie ich denn wieder zu meinem Limenser Domizil zurückkommen würde.

<sup>9</sup> Fujimori's Controversial Career, BBC News, 25.6.2001, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/705482.stm> (zuletzt besucht am 1.11.2009).

<sup>10</sup> Fujimori: Decline and Fall, BBC NEWS, 18.9.2000, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/1031752.stm> (zuletzt besucht am 1.11.2009).

<sup>11</sup> Siehe dazu *Kay*, „Fujipopulism“ and the Liberal State in Peru, 1990-1995, *Journal of Interamerican Studies and World Affairs* 38 (1996), 55-68; *Stokes*, *Democratic Accountability and Policy Change: Economic Policy in Fujimori's Peru*, *Comparative Politics* 29 (1997), 209-226.

Aufstandsbewegungen Sendero Luminoso (SL, Leuchtender Pfad) und Movimiento Revolucionario Túpac Amaru (MRTA, Revolutionäre Bewegung Túpac Amaru)<sup>12</sup> gesetzt.<sup>13</sup> Einer seiner größten Erfolge war die Festnahme von Abimael Guzmán („Presidente Gonzalo“), dem legendären Führer von SL, am 12. September 1992; sie führte zu einer erheblichen Schwächung der Organisation.<sup>14</sup> Trotz dieses Erfolgs setzte die Fujimori-Regierung in den folgenden Jahren ihre autoritäre und repressive Politik im Kampf gegen den „Terrorismus“ fort<sup>15</sup> und es kam dabei zu systematischen Menschenrechtsverletzungen.<sup>16</sup> Das zunehmend korrupte und geheimdienstlich unterwanderte Regime nahm den Staat und seine Institutionen immer mehr unter seine Kontrolle.<sup>17</sup> Fujimori konzentrierte in seiner Person die politische Macht und übte auch direkt – als oberster Befehlshaber der Streitkräfte, Geheimdienste und Polizei – militärische Kontrolle über die staatlichen Institutionen aus.<sup>18</sup> Die Leitung der geheimdienstlichen Operationen übernahm die oberste zentrale Geheimdienstbehörde SIN (Servicio de Inteligencia Nacional, Nationaler Geheimdienst) unter der faktischen Leitung Vladimiro Montesinos, eines engen Beraters Fujimoris. Im Jahre 1991 gründete diese Behörde, unter Mitwirkung des Präsidenten, das

berühmte paramilitärische Sonderkommando Colina,<sup>19</sup> dessen Hauptaufgabe in der physischen Eliminierung angeblicher SL-Mitglieder bestand.<sup>20</sup> Es führte u.a. die Operationen in den Fällen Barrios Altos und La Cantuta durch; in jenem kam es zur Tötung angeblicher SL-Mitglieder, in diesem wurden 14 Personen in der Universität La Cantuta entführt und später hingerichtet.<sup>21</sup>

Nach zunehmenden Spannungen mit dem Parlament, das sich einer Reihe von Maßnahmen der Regierung zum „Kampf gegen den Terrorismus“ widersetzt hatte, führte die Fujimori-Regierung in der Nacht vom 5. zum 6. April 1992 mit Unterstützung der Streitkräfte und eines Großteils der Bevölkerung<sup>22</sup> einen Staatsstreich (sog. *auto-golpe*) durch, um die Verfassung außer Kraft zu setzen, das Parlament, den Obersten Gerichtshof und andere staatliche Organe aufzulösen und eine Notstandsregierung einzusetzen.<sup>23</sup> Nach heftiger internationaler Kritik wurde 1993 eine neue Verfassung verabschiedet, die allerdings zur Wiederherstellung der Demo-

<sup>12</sup> Council on Foreign Relations, *Shining Path, Túpac Amaru* (Peru, leftists), 27.8.2009, <http://www.cfr.org/publication/9276/> („Both organizations operated most forcefully in the 1980s and early 1990s, when Peru’s government fought a costly war against both insurgencies, but disproportionately the Shining Path.“; zuletzt besucht am 1.11.2009); insgesamt fielen dem Konflikt zwischen 1980 und 2000 69.200 Personen zum Opfer, wobei SL in 46 % und staatliche Institutionen in 30 % der Fälle verantwortlich gewesen sein sollen, siehe Comisión de la Verdad y Reconciliación (CVR), Informe Final, Anexo 2, Estimación total del número de víctimas, <http://www.cverdad.org.pe/ifinal/pdf/Tomo%20-%20ANEXOS/ANEXO%202.pdf> (zuletzt besucht am 1.11.2009).

<sup>13</sup> Siehe dazu Inter-American Commission of Human Rights (IACHR), Annual Report 1993, OEA/Ser.L/V.85 Doc. 9 rev., 11.2.1994, <http://www.cidh.oas.org/annualrep/93eng/chap.4-d.htm> (zuletzt besucht am 1.11.2009).

<sup>14</sup> *Fingscheidt*, Der Krieg im anderen Land, Perus Aufarbeitung von zwanzig Jahren Gewalt und Menschenrechtsverletzungen, S. 12; <http://www.menschenrechte.org/beitraege/lateinamerika/PERUDerKriegImAnderenLand.pdf> (zuletzt besucht am 1.11.2009).

<sup>15</sup> *Hamilton*, The Fall of Fujimori: A Diplomat’s perspective, *Fletcher Foreign. World Affairs* 30 (2006), 191-212 (192).

<sup>16</sup> Amnesty International, Peru/Japan: Alberto Fujimori ex-president of Peru must be brought to justice, 21.10.2001, <http://www.amnesty.org/en/library/asset/AMR46/017/2001/en/f68b86d0-d8cc-11dd-ad8c-f3d4445c118e/amr460172001en.pdf> (zuletzt besucht am 27.10.2009).

<sup>17</sup> Human Rights Watch, Probable Cause – Evidence Implicating Fujimori, Vol. 17, No. 6 (B), Dezember 2005, S. 4.

<sup>18</sup> CSJ (Fn. 1), Parte II Capítulo III, para. 207 ff. und para. 745.

<sup>19</sup> CSJ (Fn. 1), Parte II Capítulo VII (El Destacamiento Especial de Inteligencia Colina), para. 324 ff. Die Gruppe Colina war in den SIE integriert, der wiederum dem Armeegeheimdienst DINTE (Dirección de Inteligencia del Ejército) untergeordnet war; dieser wiederum unterstand formell dem Armeegeneralstab (Jefatura del Estado Mayor del Ejército, JEMGE), aber erstattete dem von Montesinos geleiteten SIN, der alle Geheimdiensttätigkeiten koordinierte, Bericht. Unter der Leitung des SIN leistete der SIE Colina logistische Unterstützung, während die DINTE für die operativen Pläne und die Finanzierung von Colina zuständig war; siehe zu Struktur und Funktionen der Geheimdienst- und Sicherheitsbehörden, CSJ (Fn. 1), Parte II Capítulo V (El Servicio de Inteligencia Nacional), para. 275 ff. und Capítulo VI (La Dirección Nacional de Inteligencia y el Servicio de Inteligencia del Ejército), para. 301 ff.

<sup>20</sup> CSJ (Fn. 1), para. 663 („Ello determinó un contexto institucional y político que permitió una estrategia, en un sector concreto de la lucha contra la subversión terrorista, de eliminación física de presuntos terroristas – que es el caso de los crímenes de Barrios Altos y La Cantuta [...]“) und para. 745 („La estrategia específica acordada para ello fue la identificación, ubicación, intervención y eliminación física de los integrantes y simpatizantes de los grupos terroristas.“).

<sup>21</sup> *Brandes*, Who’s Afraid of Universal Jurisdiction?; The Fujimori Case, *Southwestern Journal of International Law* 15 (2008-2009), 123-140 (124); zur Verantwortung der Gruppe Colina für weitere Taten, siehe CSJ (Fn. 1), Parte II Capítulo XIII (Otros Delitos del Destacamiento Especial de Inteligencia Colina), para. 575 ff.

<sup>22</sup> Siehe *González Cueva*, The Peruvian Truth and Reconciliation Commission and the challenge of impunity, in: Roht-Arriaza/Mariezcurrena (Hrsg.), *Transitional justice in the twenty-first century: beyond truth versus justice*, 2006, S. 70-93 (S. 72: „with the assent of most of the population“).

<sup>23</sup> Siehe dazu *McFarland Sanchez-Moreno*, When a Constitution is a Constitution: Focus on Peru, *NYU Journal of International Law and Politics* 33 (2000-2001), 561-616 (564 ff.).

kratie mit den notwendigen rechtsstaatlichen Garantien als unzureichend angesehen wurde.<sup>24</sup>

Nachdem infolge des Staatsstreichs im April 1992 der mit den Untersuchungen im Fall Barrios Altos betraute parlamentarische Untersuchungsausschuss seine Arbeit abbrechen musste, nahm die Justiz später neue Ermittlungen in den Fällen La Cantuta und Barrios Altos auf.<sup>25</sup> Als Reaktion darauf wurden zunächst mit Gesetz Nr. 26291 vom 10. Februar 1994 (auch als La Cantuta Gesetz bekannt) die notwendigen Abstimmungsmehrheiten bei Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen ordentlicher und Militärgerichtsbarkeit geändert, um auf diese Weise die Ermittlungen im Fall La Cantuta den Militärgerichten zuweisen zu können.<sup>26</sup> Als Reaktion darauf wurden zunächst mit Gesetz Nr. 26291 vom 10. Februar 1994 (auch als La Cantuta Gesetz bekannt) die notwendigen Abstimmungsmehrheiten bei Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen ordentlicher und Militärgerichtsbarkeit geändert, um auf diese Weise die Ermittlungen im Fall La Cantuta den Militärgerichten zuweisen zu können.<sup>26</sup> Als 1995 neue Ermittlungen im Fall Barrios Altos begannen, wurde vom Kongress am 15. Juni 1995 das Gesetz Nr. 26479<sup>27</sup> verabschiedet, um eine Generalamnestie für Angehörige der Armee und Polizei für im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Terrorismus begangene Straftaten zu bewilligen. Art. 1 des Gesetzes sieht vor:

„[...] eine allgemeine Amnestie zugunsten des militärischen, polizeilichen oder zivilen Personals, wie auch immer seine [...] Situation sei, [und] das wegen *allgemeiner* oder militärischer Delikte vor *ordentlichen* oder Militärgerichten angezeigt, untersucht, angeklagt, abgeurteilt oder verurteilt worden sei, bezüglich *aller* Taten, die *gelegentlich* oder als Folge des Kampfes gegen den Terrorismus entstanden und in individueller Form oder als Gruppe zwischen *Mai 1980* und dem Zeitpunkt der *Verkündung* des Gesetzes begangen worden sein könnten“.<sup>28</sup>

<sup>24</sup> *McFarland Sanchez-Moreno* (When a Constitution is a Constitution: Focus on Peru, NYU Journal of International Law and Politics 33 [2000-2001], 561-616 [579]) spricht insoweit von einer „Democradura“; vgl. auch *de Velaúnde López de Romaña*, Diez Temas Fundamentales sobre la Administración de Justicia, in: Comisión Andina de Juristas (Hrsg.), Reforma del Estado. Reforma de la Constitución, 2005, S. 77 (S. 78: „La Constitución regía solamente aparentemente.“).

<sup>25</sup> Siehe dazu *LaPlante*, Outlawing Amnesty: The Return of Criminal Justice in Transitional Justice Schemes, Virginia Journal of International Law 49 (2008-2009), 915-984 (947, 952).

<sup>26</sup> *McFarland Sanchez-Moreno*, When a Constitution is a Constitution: Focus on Peru, NYU Journal of International Law and Politics 33 (2000-2001), 561-616 (594).

<sup>27</sup> Siehe „Normas Legales“, Diario Oficial El Peruano, Lima, 15.6.1995.

<sup>28</sup> Deutsche Übersetzung (mit Herv., leicht modifiziert) nach *Ambos*, Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen – Zur „impunidad“ in südamerikanischen Ländern aus völkerstrafrechtlicher Sicht, 1997, S. 95. Dort (S. 209 ff.) findet sich auch eine völker- und verfassungsrechtliche Analyse dieses u.a. Amnestiegesetzes der Region.

Als die mit dem Fall Barrios Altos betraute Richterin die Verfassungsmäßigkeit der Generalamnestie in Frage stellte,<sup>29</sup> wurde per Gesetz Nr. 26492 vom 2. Juli 1995<sup>30</sup> angeordnet (sic!), dass die Amnestievorschriften mit völkerrechtlichen Verpflichtungen vereinbar seien, die Justiz dem Amnestiegesetz zwingend Folge zu leisten habe und dessen Gültigkeit nicht mit Rechtsmitteln in Frage gestellt werden könne.<sup>31</sup> Damit endeten alle Ermittlungen bis zum Rücktritt Fujimoris.

### III. Bedeutung und Einfluss der peruanischen Wahrheitskommission und der interamerikanischen Rechtsprechung auf das Strafverfahren gegen Fujimori

Nachdem Fujimori das Land verlassen hatte, wurde eine Übergangsregierung unter Interimspräsident Valentín Paniagua eingesetzt, die mit Unterstützung einer demokratischen Oppositionsmehrheit im Kongress die Rückkehr Perus zur Demokratie mittels Neuwahlen für Juli 2001 vorbereitete. Unter der Regierung Paniaguas wurde am 2. Juni 2001 die peruanische Wahrheits- und Versöhnungskommission (CVR) gegründet.<sup>32</sup> Die aus 12 Kommissaren (Comisionados)<sup>33</sup> bestehende Kommission hatte die Funktion

„[...] den Verlauf, die Taten der und die Verantwortlichkeiten für die terroristischen Gewalt- und Menschenrechtsverletzungen, die sich zwischen Mai 1980 bis November 2000 ereigneten und sowohl den terroristischen Organisationen als auch staatlichen Funktionären zuzurechnen sind, aufzuklären, sowie Initiativen vorzuschlagen, die der Stärkung des Friedens und der Einigkeit zwischen den Peruanern dienen.“<sup>34</sup>

Daneben hatte die Kommission den Auftrag, die politischen, sozialen und kulturellen Ursachen der Gewalt zu untersuchen, die Aufklärung der Verbrechen durch juristische Institutionen zu unterstützen, Vorschläge für Reparationsleistungen zu erarbeiten und entsprechende Umsetzungsmecha-

<sup>29</sup> *Kuwali/Pérez-Leon Acevedo*, Smokescreen – A Survey of the Evolving Trends in Amnesty Laws in African and Latin America, Malawi Law Journal 2 (2008), 115-134 (128).

<sup>30</sup> Siehe „Normas Legales“, Diario Oficial El Peruano, Lima, 2.7.1995.

<sup>31</sup> *Salmón G.*, Reflections on international humanitarian law and transitional justice: lessons to be learnt from the Latin American experience, International Review of the Red Cross 88 (2006), 327-353 (334).

<sup>32</sup> Decreto Supremo N°. 065-2001-PCM vom 2.6.2001, <http://www.planintegraldereparaciones.gob.pe/pdf/DS%20065-2001-PCM.pdf> (zuletzt besucht am 1.11.2009).

<sup>33</sup> Art. 4 Decreto Supremo N°. 065-2001-PCM, modifiziert durch den Artikel 2 des Decreto Supremo No. 101-2001-PCM vom 4.9.2001 (Fn. 32).

<sup>34</sup> Art. 1 Decreto Supremo N°. 065-2001-PCM (Fn. 32): „Créase la Comisión de la Verdad encargada de esclarecer el proceso, los hechos y responsabilidades de la violencia terrorista y de la violación de los derechos humanos producidos desde mayo de 1980 hasta noviembre de 2000, imputables tanto a las organizaciones terroristas como a los agentes del Estado, así como proponer iniciativas destinadas a afirmar la paz y la concordia entre los peruanos.“ (Übers. des Verf.).

nismen zu schaffen.<sup>35</sup> Hinsichtlich der begangenen Taten sollten Tötungen, Entführungen, erzwungenes Verschwindenlassen, Folter, Verletzungen der Kollektivrechte indigener Gruppen und andere schwere Verbrechen untersucht werden.<sup>36</sup>

Nach zwei Jahren, am 28. August 2003, legte die Kommission ihren Abschlussbericht der Öffentlichkeit vor.<sup>37</sup> Darin beschreibt sie Kontext, Ursachen, Gründe und Auswirkungen des internen Konflikts, die Rolle der bewaffneten Akteure, der politischen Parteien und der Institutionen, repräsentative Fälle gewalttätiger Vorkommnisse und die Art und Weise der systematischen Begehung schwerer Menschenrechtsverletzungen sowie die dadurch verursachten physischen und psychischen Schäden für die Opfer.<sup>38</sup> Schließlich macht sie Vorschläge für institutionelle Reformen und die Vorbereitung eines Reparationsprogramms. Im Hinblick auf die strafrechtliche Verfolgung schwerer Menschenrechtsverletzungen führte die Kommission Ermittlungen zur Aufklärung von 73 konkreten und repräsentativen Fällen durch und empfahl den Strafverfolgungsbehörden, in 47 Fällen strafrechtliche Ermittlungen aufzunehmen und die „Täter“ zu bestrafen.<sup>39</sup> Außerdem benannte die Kommission die nach ihrer Ansicht verantwortlichen Personen.<sup>40</sup> So kam sie bezüglich der Verantwortung Fujimoris zu dem Schluss, dass sie:

„[...] begründete Hinweise dafür [besitzt], um zu behaupten, dass Präsident Alberto Fujimori, sein Berater Vladimiro Montesinos und hochrangige Funktionäre des SIE für die Tötungen, das erzwungene Verschwindenlassen und die Massaker, die von der paramilitärischen Gruppe ‚Colina‘ begangen wurden, strafrechtlich verantwortlich sind.“<sup>41</sup>

<sup>35</sup> Art. 2 Decreto Supremo N°. 065-2001-PCM (Fn. 32).

<sup>36</sup> Art. 3 Decreto Supremo N°. 065-2001-PCM (Fn. 32): „La Comisión de la Verdad enfocará su trabajo sobre los siguientes hechos, siempre y cuando sean imputables a las organizaciones terroristas, a los agentes del Estado o a grupos paramilitares: a) Asesinatos y secuestros; b) Desapariciones forzadas; c) Torturas y otras lesiones graves; d) Violaciones a los derechos colectivos de las comunidades andinas y nativas del país; e) Otros crímenes y graves violaciones contra los derechos de las personas.“

<sup>37</sup> CVR (Fn. 12), Informe Final, <http://www.cverdad.org.pe/ifinal/index.php> (zuletzt besucht am 1.11.2009).

<sup>38</sup> Zur Arbeit der Kommission, siehe *Ciurlizza/González*, Verdad y justicia desde la óptica de la Comisión de la Verdad y Reconciliación, in: Magarrell/Filippini (Hrsg.), El legado de la verdad, La justicia penal en la transición peruana, 2006, S. 85 ff.

<sup>39</sup> *Vega Luna*, La responsabilidad penal de los agentes del Estado, in: Magarrell/Filippini (Fn. 38), S. 105.

<sup>40</sup> Zu den Anforderungen und Voraussetzungen zur Benennung von Verantwortlichen im Abschlussbericht einer Wahrheitskommission, siehe *Freeman*, Truth Commissions and Procedural Fairness, 2006, S. 268 ff.

<sup>41</sup> CVR (Fn. 12), Informe Final, Tomo VIII, Conclusiones Generales, „La CVR posee indicios razonables para afirmar que el presidente Alberto Fujimori, su asesor Vladimiro Montesinos y altos funcionarios del SIN tienen responsabili-

Vor allem die Amnestiegesetze Nr. 26479 und 26492 von 1995 sind von nationalen und internationalen (staatlichen und nichtstaatlichen) Menschenrechtsorganisationen heftig kritisiert worden.<sup>42</sup> Außerdem waren bis zum Jahr 2000 etwa 300 Fälle im interamerikanischen Menschenrechtssystem, das einen entscheidenden Einfluss auf Perus Transitionsprozess und das Strafverfahren gegen Fujimori haben sollte<sup>43</sup>, anhängig.<sup>44</sup> Deshalb wollte die Fujimori Regierung dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte (IAGMR) am 9. Juli 1999 seine Gerichtsbarkeit über Peru entziehen,<sup>45</sup> doch setzte dies nach Ansicht des IAGMR eine – von Peru nicht vorgenommene – vorherige Kündigung der Amerikanischen Menschenrechtskonvention (AMRK) voraus.<sup>46</sup> Zwischen 1995 und 2007 entschied der IAGMR über 22 Fälle von AMRK-Verletzungen durch Peru, von denen sich alleine 18 während der Präsidentschaft Fujimoris ereignet hatten. Nachdem die IAMRK die Fälle Barrios Altos und La Cantuta für zulässig erklärt und dem IAGMR vorgelegt hatte, entschied dieser in Barrios Altos im März 2001, sechs Monate nach Ende des Fujimori-Regimes und drei Monate vor der Einsetzung der Wahrheitskommission, dass Peru für die streitgegenständlichen Ereignisse verantwortlich sei. Außerdem stellte das Gericht fest, dass:

„[...] all amnesty provisions, provisions on prescription and the establishment of measures designed to eliminate responsibility are inadmissible, because they are intended to prevent the investigation and punishment of those responsible for serious human rights violations such as torture, extrajudicial, summary or arbitrary execution and forced disappearance, all of them prohibited because they violate non-

dad penal por los asesinatos, desapariciones forzadas y masacres perpetradas por el escuadrón de la muerte denominado ‚Colina‘.“ para. 101, <http://www.cverdad.org.pe/ifinal/pdf/TOMO%20VIII/CONCLUSIONES%20GENERALES.pdf> (zuletzt besucht am 29.9.2009).

<sup>42</sup> Amnesty International, Amnesty laws consolidate impunity for human rights violations, 23.2.1996; Interamerikanische Menschenrechtskommission (IAMRK), Annual Report 1996, OEA/Ser.L/V/II.95 Doc. 7 rev., 14.3.1997, <http://www.cidh.oas.org/annualrep/96eng/chap.5c.htm> (zuletzt besucht am 29.9.2009).

<sup>43</sup> Dazu ausführlich *Sandoval*, The Challenge of Impunity in Peru: The Significance of the Inter-American Court of Human Rights, Essex Human Rights Review 5 (2008), <http://www.ehrr.org/> (zuletzt besucht am 1.11.2009).

<sup>44</sup> *González Cueva* (Fn. 22), S. 91.

<sup>45</sup> IAMRK, Pressemitteilung Nr. 21/99 vom 9.7.1999, <http://www.cidh.oas.org/Comunicados/English/1999/21-99.htm> (zuletzt besucht am 1.11.2009); siehe dazu auch *Cavallaro/Brewer*, Reevaluating Regional Human Rights Litigation in the Twenty-First Century: The Case of the Inter-American Court, American Journal of International Law 102 (2008), 768-827 (789).

<sup>46</sup> IAGMHR, Case of Ivcher-Bronstein v. Peru. Competence. Judgment of September 24, 1999. Series C No. 54, para. 56; Case of the Constitutional Court v. Peru. Competence. Judgment of September 24, 1999. Series C No. 55, para. 55.

derogable rights recognized by international human rights law. [...] The Court, in accordance with the arguments put forward by the Commission and not contested by the State, considers that the amnesty laws adopted by Peru prevented the victims' next of kin and the surviving victims in this case from being heard by a judge, as established in Article 8 (1) of the Convention; they violated the right to judicial protection embodied in Article 25 of the Convention; they prevented the investigation, capture, prosecution and conviction of those responsible for the events that occurred in Barrios Altos, thus failing to comply with Article 1 (1) of the Convention, and they obstructed clarification of the facts of this case. Finally, the adoption of self-amnesty laws that are incompatible with the Convention meant that Peru failed to comply with the obligation to adapt internal legislation that is embodied in Article 2 of the Convention.<sup>47</sup>

Bezüglich der Rechtsfolgen der damit erfolgten Unwirksamkeitserklärung der peruanischen Selbstamnestie stellte der IAGMR klar:

„[...] Owing to the manifest incompatibility of self-amnesty laws and the American Convention on Human Rights, the said laws lack legal effect and may not continue to obstruct the investigation of the grounds on which this case is based or the identification and punishment of those responsible, nor can they have the same or a similar impact with regard to other cases that have occurred in Peru, where the rights established in the American Convention have been violated.“<sup>48</sup>

Am 29. November 2006 – parallel zum peruanisch-chilenischen Auslieferungsverfahren gegen Fujimori (dazu sogleich III.) – verurteilte der IAGMR den peruanischen Staat im Fall La Cantuta für die von der Gruppe Colina begangenen Entführungen und Tötungen. Das Gericht stellte fest, dass Colina:

„[...] was a group related to the *Servicio de Inteligencia Nacional* (National Intelligence Service) whose operations were known by the President of the Republic and the Commander General of the Army. It had a hierarchical structure and its personnel received, besides their compensations as officials and sub-officials of the Army, money to cover their operative expenses and personal pecuniary compensations under the form of bonuses. The *Colina Group* carried out a State policy consisting in the identification, control and elimination of those persons suspected of belonging to insurgent groups or who opposed to the government of former President Alberto Fujimori. It operated through the implementation of systematic indiscriminate extra-legal executions, selective killings, forced disappearances and tortures.“<sup>49</sup>

<sup>47</sup> IAGMR, Case of Barrios Altos v. Peru. Merits. Judgment March 14, 2001. Series C No. 75, para. 41-42; siehe auch IAGMR, Case of La Cantuta v. Peru. Merits, Reparations and Costs. Judgment of November 29, 2006. Series C No. 162, para. 152. Zur Völkerrechtswidrigkeit solcher Selbstamnestien mit besonderer Berücksichtigung der südamerikanischen s. schon *Ambos* (Fn. 28) S. 236 ff.

<sup>48</sup> IAGMR, Barrios Altos (Fn. 47), para. 44.

<sup>49</sup> IAGMR, La Cantuta (Fn. 47), para. 80 (18).

Außerdem leitete der IAGMR aus Art. 8 Abs. 1 und 25 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 AMRK eine völkerrechtliche Pflicht zur zwischenstaatlichen Kooperation bei der Strafverfolgung und Auslieferung wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen ab.<sup>50</sup> Nach Ansicht des Gerichts führt die Notwendigkeit, Strafflosigkeit für systematische Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, zu Kooperationspflichten innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft; das Recht auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz („access to justice“) impliziere eine *erga omnes*-Pflicht der Staaten, alle notwendigen Maßnahmen zur (eigenen) Aburteilung oder Auslieferung (aut dedere aut judicare)<sup>51</sup> der Verantwortlichen zu ergreifen.<sup>52</sup> Im Hinblick auf das Verhältnis zwischen einer Wahrheitskommission und normaler staatlicher Strafverfolgung hat der IAGMR schließlich im September 2006 im Fall Almonacid Arellano entschieden, dass jene diese nicht ersetzen könne.<sup>53</sup>

#### IV. Das Auslieferungsverfahren gegen Fujimori

Nach Fujimoris Ankunft in Japan im November 2000 ersuchte Peru um seine Auslieferung; dies wurde von Japan unter Verweis auf Fujimoris japanische Staatsangehörigkeit abge-

<sup>50</sup> IAGMR, La Cantuta (Fn. 47), para. 158-160.

<sup>51</sup> Zu diesem Prinzip statt vieler *Bassiouni/Wise*, Aut Dedere Aut Judicare, The Duty to Extradite or Prosecute in International Law, 1995.

<sup>52</sup> IAGMR, La Cantuta (Fn. 47), para. 160: „As pointed out repeatedly, the acts involved in the instant case have violated peremptory norms of international law (*jus cogens*). Under Article 1(1) of the American Convention, the States have the duty to investigate human rights violations and to prosecute and punish those responsible. In view of the nature and seriousness of the events, all the more since the context of this case is one of systematic violation of human rights, the need to eradicate impunity reveals itself to the international community as a duty of cooperation among states for such purpose. Access to justice constitutes a peremptory norm of International Law and, as such, it gives rise to the States' *erga omnes* obligation to adopt all such measures as are necessary to prevent such violations from going unpunished, whether exercising their judicial power to apply their domestic law and International Law to judge and eventually punish those responsible for such events, or collaborating with other States aiming in that direction. The Court points out that, under the collective guarantee mechanism set out in the American Convention, and the regional and universal international obligations in this regard, the States Parties to the Convention must collaborate with one another towards that end.“

<sup>53</sup> IAGMR, Case of Almonacid-Arellano et al. v. Chile. Preliminary Objections, Merits, Reparations and Costs. Judgment of September 26, 2006. Series C No. 154, para. 150. Zum komplexen Verhältnis zwischen Wahrheitskommissionen und normaler Strafverfolgung s. auch *Ambos*, The legal framework of transitional justice: A systematic study with a special focus on the role of the ICC, in: Ders./Large/Wierda (Hrsg.), Building a future on peace and justice: studies on transitional justice, peace and development, 2009, S. 19 (S. 43 f., para. 14).

lehnt<sup>54</sup>. Als Fujimori jedoch am 7. November 2005 Japan verließ und überraschend nach Chile einreiste,<sup>55</sup> wurde er kurz darauf aufgrund eines internationalisierten peruanischen Haftbefehls festgenommen.<sup>56</sup> Am 3. Januar 2005 ersuchte Peru Chile um die Auslieferung Fujimoris auf Grundlage eines zwischen beiden Ländern bestehenden Auslieferungsvertrags von 1932.<sup>57</sup> Das Auslieferungsersuchen umfasste 13 Fälle, davon betrafen zehn Korruptionsvorwürfe und drei schwere Menschenrechtsverletzungen.<sup>58</sup> Jene handeln u.a. von der Bestechung von Kongressangehörigen, dem illegalen Abhören politischer Gegner sowie der Unterschlagung und Veruntreuung öffentlicher Steuergelder zur Finanzierung geheimdienstlicher Operationen und zur persönlichen Bereicherung.<sup>59</sup> Die Menschenrechtsverletzungen betreffen die schon erwähnten Fälle Barrios Altos und La Cantuta (zu einem Fall zusammengefasst), Sótanos SIE und (weitere) Fälle von Verschwindenlassen (zusammengefasst als „ampliación por desapariciones forzadas“).

Nachdem das Auslieferungsersuchen Perus am 11. Juli 2007 in erster Instanz von einem Richter der chilenischen Corte Suprema mangels ausreichenden Tatverdachts<sup>60</sup> abgewiesen worden war<sup>61</sup>, bewilligte deren dreiköpfige Straf-

kammer in zweiter Instanz am 21. September 2007 die Auslieferung Fujimoris für sieben der genannten 13 Fälle.<sup>62</sup> Darunter waren zwei der Menschenrechtsfälle (Barrios Altos/La Cantuta und Sótanos SIE) und fünf der Korruptionsfälle.<sup>63</sup> Im Gegensatz zur erstinstanzlichen Entscheidung entschied die Strafkammer, dass in den besagten sieben Fällen neben den formalrechtlichen Voraussetzungen<sup>64</sup> auch ein die Auslieferung rechtfertigender Anfangsverdacht<sup>65</sup> gegeben sei.<sup>66</sup> Allerdings beschränkte die Strafkammer die Auslieferung in doppelter Hinsicht: einerseits bezüglich des Falls La Cantuta

<sup>54</sup> Ausführlich dazu *Anderson*, An Asian Pinochet? – Not Likely: The Unfulfilled International Law Promise in Japan’s Treatment of Former Peruvian President Alberto Fujimori, *Stanford Journal of International Law* 38 (2002), 177-206.

<sup>55</sup> Zu den Gründen für die Reise nach Chile, siehe *Noboa*, Former Peruvian President Albert Fujimori’s Extradition Process, *Law and Business Review of the Americas* 14 (2008), 621-630 (625).

<sup>56</sup> Fujimori arrested on Chile visit, BBC News, 7.9.2001, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/4413176.stm> (zuletzt besucht am 1.11.2009). Bereits am 27.8.2001 hatte der peruianische Kongress Fujimoris Immunität aufgehoben; siehe dazu *Human Rights Watch*, Peru: Fujimori Immunity Vote Hailed, 30.8.2001, <http://www.hrw.org/en/news/2001/08/30/peru-fujimori-immunity-vote-hailed> (zuletzt besucht am 1.11.2009).

<sup>57</sup> Auslieferungsvertrag vom 5.11.1932 zwischen Chile und Peru, [http://www.oas.org/juridico/MLA/sp/traites/sp\\_traites-ext-chl-per.pdf](http://www.oas.org/juridico/MLA/sp/traites/sp_traites-ext-chl-per.pdf) (zuletzt besucht am 29.9.2009).

<sup>58</sup> Für eine Übersicht und kurze Zusammenfassung dieser Fälle, siehe <http://www.minjus.gob.pe/extradiciones/CasoFujimori/cuadernillos03.asp> (zuletzt besucht am 29.9.2009).

<sup>59</sup> Es handelt sich um folgende Fälle: *Congresistas tráfugas*, *Allanamiento*, *Medios de comunicación*, *Interceptación telefónica*, *15 Millones*, *Sunat Borobio*, *Faisal-APRODEV*, *Medicinas chinas*, *Desvío de Fondos* und *Decretos de Urgencia* (ebd.; siehe auch *Human Rights Watch* (Fn. 17), S. 12-20).

<sup>60</sup> Zu dem erforderlichen Verdachtsgrad s.u. Fn. 65.

<sup>61</sup> Corte Suprema de Justicia de Chile, Primera Instancia, 11.7.2007, Rol. N°. 5646-2005, para. 112, 115, 122, <http://www.emol.com/noticias/documentos/pdfs/FalloMinalvarezFujimori.pdf> (zuletzt besucht am 1.11.2009). Vgl. auch Poder Judicial de la República de Chile, Noticias, 11.7.2007, *Ministro Orlando Álvarez rechaza solicitud de extradición de Alberto Fujimori*, <http://www.poderjudicial.cl/index2.php?pagina1=noticias.php?cod=1009> (zuletzt besucht am 1.11.2009).

<sup>62</sup> Poder Judicial de la República de Chile, Noticias, 21.9.2007, Corte Suprema dictamina extradición de Alberto Fujimori, <http://www.poderjudicial.cl/index2.php?pagina1=noticias.php?cod=1111> (zuletzt besucht am 1.11.2009); die Entscheidung ist abrufbar unter: Corte Suprema de Justicia de Chile, Segunda Instancia, 21.9.2007, Rol. N°. 3744-07, <http://www.andina.com.pe/edpespeciales/especiales/fallofujimori.pdf> (zuletzt besucht am 29.9.2009).

<sup>63</sup> *Congresistas tráfugas*, *Allanamiento*, *Medios de comunicación*, *Interceptación telefónica* und *15 Millones*; zusammenfassend <http://www.minjus.gob.pe/extradiciones/CasoFujimori/procesosjudiciales01.asp> (zuletzt besucht am 1.11.2009).

<sup>64</sup> Nach dem Auslieferungsvertrag zwischen Peru und Chile (Fn. 57) muss das um Auslieferung ersuchende Land Gerichtsbarkeit über das Delikt besitzen (Art. 1), dieses muss mit einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr im ersuchten Land vorgesehen sein (Art. 2), es darf sich nicht um ein politisches Delikt handeln (Art. 3) und es darf nicht bereits bestraft worden oder verjährt sein (Art. 5). Zusätzlich sind allgemeine Grundsätze zur Auslieferung wie der Grundsatz beiderseitiger Strafbarkeit sowie Art. 647 chil. StPO a.F., der für Auslieferungsanträge für vor dem 16.6.2005 begangene Taten gilt, zu beachten; vgl. [http://www.oas.org/juridico/MLA/sp/chl/sp\\_chl-ext-gen-proc.html](http://www.oas.org/juridico/MLA/sp/chl/sp_chl-ext-gen-proc.html) (zuletzt besucht am 18.10.2009).

<sup>65</sup> Gem. Art. 647 Nr. 3 chil. StPO a.F. muss das über das Ersuchen befindende Gericht entscheiden, ob die Person die Verbrechen begangen hat („acreditar si el sindicado como reo ha cometido o no el delito que se le atribuye.“), wobei zu beachten ist, dass diese Anforderung bereits mit Feststellung des Bestehens eines Anfangsverdachts gem. Art. 274 chil. StPO a.F. („[...] contra quien aparecen fundadas sospechas de ser responsable de un delito“) erfüllt ist (so CSJ, Segunda Instancia [Fn. 60], „Consideraciones general, Primero“). Im Gegensatz dazu hatte der chilenische Richter erster Instanz Art. 647 Nr. 3 chil. StPO a.F. dahingehend interpretiert, dass die von Peru vorgelegten Beweise für eine Verurteilung Fujimoris ausreichend sein müssten (siehe Fn. 61, para. 122). Diese strenge Ansicht ist auf erhebliche Kritik gestoßen (vgl. ausführlich *Haas*, *Fujimori Extraditable!*. *Chilean Supreme Court Sets International Precedent for Human Rights Violations*, *University of Miami Inter-American Law Review* 39 [2007-2008], 373-408 [389 ff.]).

<sup>66</sup> *Haas*, *Fujimori Extraditable!*. *Chilean Supreme Court Sets International Precedent for Human Rights Violations*, *University of Miami Inter-American Law Review* 39 (2007-2008), 373-408 (393 ff.).

auf die Delikte des schweren Totschlags und schwerer Körperverletzung, weil Chile (anders als Peru)<sup>67</sup> – Grundsatz beiderseitiger Strafbarkeit<sup>68</sup> – bisher den Tatbestand des „erzwungenen Verschwindenlassens“ noch nicht im innerstaatlichen Recht kodifiziert hat; andererseits in Sótanos SIE auf die Entführungsfälle des Journalisten Gustavo Gorriti und des Unternehmers Samuel Dyer. Im Ergebnis wurde damit zwar zum ersten Mal ein ehemaliger Präsident an sein Heimatland zur Aburteilung schwerer Menschenrechtsverletzungen ausgeliefert,<sup>69</sup> doch verhindert der auslieferungsrechtliche Grundsatz der Spezialität<sup>70</sup> die Verfolgung zahlreicher Menschenrechtsverletzungen und erweist sich damit – einmal mehr – als Ursache von Straflosigkeit. So verwundert es nicht, dass Peru nun eine Erweiterung des ursprünglichen Auslieferungensuchens um zwei weitere Fälle, die Waffenschmuggel und die Misshandlung von Gefangenen in dem Limenser Gefängnis Castro Castro betreffen, vorbereitet.<sup>71</sup>

<sup>67</sup> Das erzwungene Verschwindenlassen (*desaparición forzada*) wurde in Peru erstmals 1991 in Art. 323 peruan. StGB tatbestandlich erfasst. Nach Aufhebung dieses Artikels durch Decreto Ley N°. 25475 vom 5.5.1992 wurde der Tatbestand am 26.6.1992 durch Decreto Ley N°. 25592 wieder in das peruan. StGB aufgenommen. Heute stellt Art. 320 peruan. StGB das erzwungene Verschwindenlassen unter Strafe; ausführlich dazu *Vélez Fernández*, *La Desaparición Forzada de las Personas y su tipificación en el Código Penal peruano 2004*; *Meini*, Capítulo V – Perú, in: Ambos (Hrsg.), *Desaparición Forzada de Personas – Análisis comparado e internacional*, 2009, S. 107 ff.; zur peruanischen Rechtsprechung *Vega Luna* (Fn. 39), S. 124 ff.; zur chilenischen Rechtslage s. *Guzmán D.*, Capítulo III-Chile, in: Ambos (a.a.O.), S. 55 ff.

<sup>68</sup> Der Grundsatz beiderseitiger Strafbarkeit ist zwar nicht im Auslieferungsvertrag von 1932 erwähnt, wurde aber in den Auslieferungsentscheidungen der chil. CSJ gem. Art. 647 Nr. 2 chil. StPO a.F. i.V.m. der Inter-American Convention on Extradition (Montevideo Convention) vom 26.12.1933 und Art. 344-381 der Convention on Private International Law (Bustamante Code), vom 20.2.1928 angewendet (vgl. CSJ, Primera Instancia [Fn. 61], para. 7 und Segunda Instancia [Fn. 62], *Consideraciones Generales*, Quinto). Siehe allgemein zur Bedeutung dieses Grundsatzes, *Gilbert*, *Responding to International Crime*, 2006, S. 101 ff.

<sup>69</sup> *Noboa*, Former Peruvian President Albert Fujimori's Extradition Process, *Law and Business Review of the Americas* 14 (2008), 621-630 (629). Der bolivianische Diktator Luis García Meza (1980-1981) wurde 1993 in Abwesenheit verurteilt und zwei Jahre später von Brasilien zur Strafvollstreckung ausgeliefert.

<sup>70</sup> Hier anwendbar aufgrund Art. 8 Abs. 1 S. 2 des Auslieferungsvertrags von 1932 (Fn. 57), wonach ein Strafverfahren wegen anderer als der im Auslieferungsantrag erwähnten Fälle grundsätzlich nur mit Zustimmung des ersuchten Staates zulässig ist. Es handelt sich im Übrigen um einen allg. Grundsatz des Auslieferungsrechts, vgl. *Ambos*, *Internationales Strafrecht*, 2. Aufl. 2008, § 10 Rn. 77 m.w.N.

<sup>71</sup> „Nuevo paquete de extradición de Fujimori“, <http://www.larepublica.pe/archive/all/larepublica/20090411/3/node/186772/>

In den fünf Korruptionsfällen wurde Fujimori am 12. Dezember 2007 zu sechs Jahren Haft (Fall *Allanamiento*)<sup>72</sup>, am 20. Juli 2009 zu siebeneinhalb Jahren Haft (Fall *15 Millones*)<sup>73</sup> und schließlich am 30. September 2009 zu sechs Jahren Haft (Fälle *Congresistas trásfugas*, *Medios de comunicación*, *Intercepción telefónica*) verurteilt.<sup>74</sup> Nach dem zum Tatzeitpunkt geltenden peruan. StGB (*Código Penal*) konsumiert die schwerste Strafe die anderen Strafen.<sup>75</sup>

## V. Das Strafverfahren wegen der Fälle *Barrios Altos/La Cantuta* und *Sótanos SIE*

Das Strafverfahren begann am 10. Dezember 2007 und endete am 7. April 2009 mit der Verurteilung zu 25 Jahren Haft.

### 1. Inhalt des Urteils

Das mit 708 Seiten sehr umfangreiche Urteil gliedert sich in vier Teile. Der erste Teil behandelt den Gang des Verfahrens (Kapitel I), den Anklagevorwurf (Kapitel II) und das Verteidigungsvorbringen Fujimoris (Kapitel III). Der umfang-

[todos/15](http://www.pj.gob.pe/CorteSuprema/documentos/..%5C..%5C/CorteSuprema%5Cspe%5CDocumentos%5CSentencia_exp_0013-2003_111207.pdf) (zuletzt besucht am 29.9.2009); für die Ereignisse im Zusammenhang mit der Behandlung Gefangener des Gefängnisses Miguel Castro Castro wurde Peru am 25.11.2006 vom IAGMR verurteilt, *IAGMR, Case of the Miguel Castro-Castro Prison v. Peru. Merits, Reparations and Costs. Judgment of November 25, 2006. Series C No. 160.*

<sup>72</sup> CSJ, Primera Sala Penal Transitoria, Exp. No. AV 13-2003, zugänglich unter:

[http://www.pj.gob.pe/CorteSuprema/documentos/..%5C..%5C/CorteSuprema%5Cspe%5CDocumentos%5CSentencia\\_exp\\_0013-2003\\_111207.pdf](http://www.pj.gob.pe/CorteSuprema/documentos/..%5C..%5C/CorteSuprema%5Cspe%5CDocumentos%5CSentencia_exp_0013-2003_111207.pdf) (zuletzt besucht am 18.10.2009);

Fujimori, condenado a seis años de cárcel por el allanamiento del domicilio de Montesinos,

<http://www.elmundo.es/elmundo/2007/12/12/internacional/1197419973.html> (zuletzt besucht am 29.9.2009). Der Fall bezieht sich auf Fujimoris rechtswidrige Anordnung aus dem Jahr 2000, die Wohnung von Montesinos Ehefrau heimlich durchsuchen zu lassen.

<sup>73</sup> CSJ, Sala Penal Especial, Exp. No. AV 23-2001, 20.7.2009, zugänglich unter: <http://www.aprodeh.org.pe/documentos/sentenciacts.pdf> (zuletzt besucht am 18.10.2009).

Der Fall behandelt die Unterschlagung von öffentlichen Geldern i.H.v. 15 Millionen US-\$, die Fujimori heimlich zur Zahlung einer Abfindung an Montesinos verwendete.

<sup>74</sup> CSJ, Sala Penal Especial, Exp. No. AV 33-2003, 30.9.2009, zugänglich unter: <http://www.pj.gob.pe/CorteSuprema/spe/documentos/ParteI300909.pdf> (zuletzt besucht am 18.10.2009).

Die Fälle betreffen die Bestechung von Kongressabgeordneten, den rechtswidrigen Erwerb eines TV-Senders und einer Tageszeitung sowie das rechtswidrige Abhören politischer Gegner.

<sup>75</sup> Der damalige Art. 50 lautete: „Cuando concurren varios hechos punibles que deben considerarse como otros tantos delitos independientes, se impondrá la pena del delito más grave, debiendo el Juez tener en cuenta los otros, de conformidad con el artículo 48“. Nach dem geltenden Art. 50 wird die schwerste Strafe verschärft (*Asperationsprinzip*).

reichste zweite Teil legt in 15 Kapiteln die tatsächlichen Feststellungen (*fundamentos de hechos*) dar, unter anderem – nach Vorbemerkungen zum Beweisrecht – die Wahl Fujimoris zum Präsidenten und die allgemeinen Politiken seiner Regierung, seine Rolle und die der Streitkräfte, der Geheimdienste und der Gruppe Colina im Kampf gegen den Terrorismus, die Tatumstände der Tötungen und Körperverletzungen in den Fällen Barrios Altos und La Cantuta und der Entführungen im Fall Sótanos SIE. Ferner werden andere von Colina begangene Taten, die Ereignisse nach den Verbrechen und vor allem die Rolle Fujimoris bei der Begehung der verfahrensgegenständlichen Verbrechen dargestellt. Der dritte Teil enthält Ausführungen zur rechtlichen Würdigung (*fundamentos jurídico penales*), insbesondere die strafrechtliche Subsumtion der begangenen Taten, zu Fujimoris Verantwortlichkeit als mittelbarer Täter kraft Willensherrschaft in organisatorischen Machtapparaten,<sup>76</sup> zur Strafzumessung und zur Entschädigung zugunsten der Opfer. Der vierte Teil enthält den Urteilsspruch.

## 2. Die strafrechtliche Einordnung der festgestellten Geschehnisse

Die Kammer sah es im Fall Barrios Altos als erwiesen an, dass Colina am 3. November 1991 in dem Stadtviertel Barrios Altos in Lima eine militärische Geheimoperation gegen angebliche SL-Mitglieder ausführte und dabei 15 unbewaffnete Zivilisten tötete und vier weitere schwer verletzte. Ferner seien am 21. Juni 1992 Mitglieder von Colina in die Universität Eduardo Guzmán y Valle („La Cantuta“) eingedrungen, um neun Studenten und einen Dozenten zu entführen und diese später an einem geheimen Ort zu töten.<sup>77</sup> Bei beiden Taten handele es sich um Staatsverbrechen (*crímenes de Estado*) und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (*crímenes de lesa humanidad*), die mittels eines außerhalb der Rechtsordnung operierenden organisatorischen Machtapparats begangen wurden.<sup>78</sup> Hinsichtlich der Tötungen in den Fällen Barrios Altos und La Cantuta nahm die Kammer einen (schweren) Totschlag mit Hinterlist an (Art. 108 peruan. StGB).<sup>79</sup> Außerdem qualifizierte sie die Handlungen hinsicht-

lich der verletzten Personen im Fall Barrios Altos als schwere Körperverletzung gemäß Art. 121 peruan. StGB.<sup>80</sup>

Bei der Entführung des Journalisten Gorriti am 6. April 1992 handelte es sich nach Ansicht der Kammer um eine Operation Fujimoris, politische Gegner im Zuge des Staatsstreichts verhaften zu lassen. Gorriti wurde aufgrund internationaler Proteste am folgenden Tag wieder freigelassen, nachdem er zunächst vom SIE festgehalten wurde.<sup>81</sup> Am 27. Juli 1992 wurde der Unternehmer Dyer auf Anordnung des SIN ohne richterlichen Haftbefehl auf dem Flughafen Lima verhaftet und bis zum 5. August 1992 im Gebäude des SIE festgehalten. Nach Ansicht der Kammer hatte Fujimori die Sicherheitsbehörden zu dieser Verhaftung ermächtigt. Es habe sich dabei um eine Entführung gehandelt, die von einem autoritären Regime unter Verstoß gegen die Verfassung begangen wurde und deshalb (zugleich) ein Staatsverbrechen darstelle.<sup>82</sup> Die Kammer nahm im Ergebnis in beiden Fällen eine schwere Form der Entführung (*secuestro agravado*) aufgrund grausamer und erniedrigender Behandlung an (Art. 152 Abs. 1 peruan. StGB).<sup>83</sup>

## 3. Die Rolle Fujimoris bei der Begehung der festgestellten Taten

In komplex organisierten Machtapparaten, die im Geheimen und weitestgehend informell agieren, fallen die Rekonstruktion der Abläufe innerhalb des Machtapparats und die Zurechnung dieser Abläufe zu bestimmten Personen, naturgemäß schwer.<sup>84</sup> Dies zeigt sich auch im Fall Fujimori. Nach über 100 Verhandlungsterminen und der Anhörung zahlreicher Zeugen konnte die Kammer keine direkten Beweise für die strafrechtliche Verantwortung Fujimoris in den Fällen Barrios Altos und La Cantuta präsentieren,<sup>85</sup> sondern musste sich im Wesentlichen auf Indizien (*prueba indiciaria*) stützen.

### a) Die Bedeutung des Indizienbeweises

Nach Ansicht der Kammer handelt es sich beim Indizienbeweis um eine Beweisform, die dazu dient, einen nicht direkt bewiesenen Umstand aus einem anderen Umstand, der als bekannt vorausgesetzt werden kann oder im Verfahren bewiesen wurde, abzuleiten, wobei insoweit auf die Kriterien des logischen Schlusses und der Erfahrung zurückgegriffen

<sup>76</sup> Siehe dazu die Übersetzung, ZIS 2009, 622 ff.

<sup>77</sup> Ausführlich zu den Geschehnissen in diesen Fällen, CSJ (Fn. 1), para. 447-535.

<sup>78</sup> Ebd., para. 717 („Los asesinatos y lesiones graves de Barrios Altos y La Cantuta son también delitos contra la humanidad. Fundamentalmente, porque ellos se cometieron en el marco de una política estatal de eliminación selectiva pero sistemática de presuntos integrantes de grupos subversivos.“); so auch schon der IAGMR, La Cantuta (Fn. 47), para. 225 („[...] the acts committed in La Cantuta to the detriment of the victims of extra-legal execution or forced disappearance, are crimes against humanity.“).

<sup>79</sup> CSJ (Fn. 1), para. 697-701 (para. 701 a.E.: „En consecuencia, se admite el homicidio por alevosía y se rechaza el homicidio por ferocidad.“).

<sup>80</sup> Ebd., para. 702-709 (para. 709 a.E.: „En tal virtud, es de concluir que el dolo [...] fue el de lesionarlos gravemente.“).

<sup>81</sup> Ebd., Parte II Capítulo XII, XI, para. 536-557.

<sup>82</sup> Ebd., Parte II Capítulo XIII, XII, para. 558-574.

<sup>83</sup> Ebd., para. 678.

<sup>84</sup> Vgl. aus völkerstrafrechtlicher Sicht *Olásolo*, The criminal responsibility of senior political and military leaders as principals to international crimes, 2009, S. 2.

<sup>85</sup> Der CSJ stellte fest, dass nur drei Umstände mittels direkter Beweise nachgewiesen waren: das enge Verhältnis zwischen Fujimori und Montesinos, die Verbindungen zwischen Montesinos und Colina und die Befehle des Führers von Colina zur Begehung der Verbrechen in den Fällen Barrios Altos und La Cantuta, s. CSJ (Fn. 1), para. 662.



werde.<sup>86</sup> Die Corte Suprema habe sich schon früher des Indizienbeweises bedient.<sup>87</sup> Er sei weder unsicherer als der direkte Beweis noch subsidiär gegenüber diesem.<sup>88</sup> Im Übrigen kann sich die Kammer auf völkerstrafrechtliche und menschenrechtliche Praxis berufen. So hat etwa der IAGMR festgestellt:

„[...] The practice of international and domestic courts shows that direct evidence, whether testimonial or documentary, is not the only type of evidence that may be legitimately considered in reaching a decision. Circumstantial evidence, *indicia*, and presumptions may be considered, so long as they lead to conclusions consistent with the facts. [...] Circumstantial or presumptive evidence is especially important in allegations of disappearances, because this type of repression is characterized by an attempt to suppress all information about the kidnapping or the whereabouts and fate of the victim.“<sup>89</sup>

Der Indizienbeweis unterliege jedoch formalen und materiellen Voraussetzungen: erstens erfordere er als Grundregel das Bestehen einer Vielzahl von Indizien, die gemäß den Anforderungen des Beweisrechts nachgewiesen sind und in einem sachlichen Zusammenhang mit dem nachzuweisenden Umstand stehen. Zweitens muss auf Grundlage vernunftori-

entierter und logischer Folgerungen eine natürliche und logische Kausalverbindung zwischen den Indizien und dem nachzuweisenden strafbaren Verhalten bestehen, so dass dem logischen Schluss von den Indizien auf die Tat keine begründeten Zweifel entgegenstehen.<sup>90</sup> Daher müssten die Indizien nach den Grundsätzen der Glaubwürdigkeit und Sachdienlichkeit festgestellt werden, um auf ihrer Grundlage unter Berücksichtigung von Erfahrungssätzen, Logik und wissenschaftlichen Erkenntnissen auf das strafbare Verhalten schließen zu können.<sup>91</sup> Drittens müsse die Bewertung der Indizien unter Berücksichtigung einer Gesamtbetrachtung erfolgen.<sup>92</sup> Es dürften insbesondere keine Gegenindizien vorliegen, die eine andere Schlussfolgerung stützen würden; der Indizienabschluss dürfe außerdem nicht im Widerspruch zu anderen im Rahmen des Prozesses bewiesenen Umständen stehen.<sup>93</sup>

*b) Beweiswürdigung der Indizien zur Feststellung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit Fujimoris*

Die Feststellungen des IAGMR und der CVR zu Fujimoris strafrechtlicher Verantwortlichkeit für die in Barrios Altos und La Cantuta begangenen Verbrechen entfalten natürlich keine Bindungswirkung für die Kammer.<sup>94</sup> Bezüglich des

<sup>86</sup> Ebd., para. 658 („[...] las conclusiones fácticas se sustentan en PRUEBA INDICIARIA – que sirve para establecer como sucedido un hecho no directamente probado, a partir de otro hecho, conocido y probado en el proceso, utilizando para ese paso los criterios de la lógica o de la experiencia.“); siehe zum Indizienbeweis im peruanischen Strafprozessrecht auch *San Martín Castro*, *Derecho Procesal Penal II*, 2. Aufl. 2003, S. 851-865. Der Autor war einer der Richter im Verfahren, hat aber darauf verzichtet, sein eigenes Werk zu zitieren.

<sup>87</sup> CSJ (Fn. 1), para. 658 („[...] esta modalidad de prueba [es] plenamente aceptada por la Corte Suprema de Justicia...“); so auch *San Martín Castro* (Fn. 86), S. 853 („La prueba directa y la indiciaria [...] tienen pleno reconocimiento judicial.“).

<sup>88</sup> CSJ (Fn. 1), para. 658 („La corrección de esta modalidad de prueba – o, más específicamente, modo de valoración judicial de determinados hechos o circunstancias debidamente acreditados en el proceso – [...], que no es más insegura ni subsidiaria que la prueba directa, [...]“); ebenso *San Martín Castro* (Fn. 86), S. 853 („La prueba directa y la indiciaria, ambas en el mismo nivel, son aptas para formar la convicción judicial, sin que sea dable sostener que la convicción resultante de la segunda sea inferior a la resultante de la prueba directa.“); für die deutsche Ansicht siehe statt vieler *Eisenberg*, *Beweisrecht der StPO*, 6. Aufl. 2008, para. 9 („Ein Indizienbeweis kann, insbesondere wenn er mit sachlichen Beweismitteln geführt wird, durchaus verlässlicher sein als ein unmittelbarer Beweis.“).

<sup>89</sup> IAGMR, *Case of Velásquez-Rodríguez v. Honduras*. Merits. Judgment of July 29, 1988. Series C No. 4, para. 130-131; *Case of Godínez-Cruz v. Honduras*. Merits. Judgment of January 20, 1989. Series C No. 5, para. 136-137. Zur Bedeutung des Indizienbeweises im Rahmen völkerstrafrechtlicher Verfahren vor dem ICTY und ICTR, siehe *Zahar/Sluiter*, *International Criminal Law*, 2008, S. 417 ff.

<sup>90</sup> CSJ (Fn. 1), para. 658 („[...] esta modalidad de prueba [...] pasa por el cumplimiento de un conjunto de requisitos materiales y formales. Destaca, de un lado, (i) la existencia, como regla general, de una pluralidad de hechos–base, hechos indiciantes o indicios, debidamente acreditados conforme a las exigencias del derecho probatorio [...] y, de otro lado, (ii) la racionalidad de la inferencia obtenida –entre el hecho indiciario o indiciante y el hecho consecuencia o delictivo ha de existir una conexión natural, o enlace lógico o causal, una absoluta armonía, que permita efectuar la inferencia sin ninguna otra posibilidad alternativa razonable–.“).

<sup>91</sup> Ebd.; siehe zu den Kriterien der Erfahrungssätze und Logik auch IAGMR, *Case of Servellón-García et al. v. Honduras*. Merits, Reparations and Costs. Judgment of September 21, 2006. Series C No. 152, para. 35; *Case of Ximenes-Lopes v. Brazil*. Merits, Reparations and Costs. Judgment of July 4, 2006. Series C No. 149, para. 44; *Case of Baldeón-García v. Peru*. Merits, Reparations and Costs. Judgment of April 06, 2006. Series C No. 147, para. 62.

<sup>92</sup> Ebd.; zum Erfordernis einer umfassenden Gesamtbetrachtung und -würdigung der Indizien, siehe auch *Ambos* (Fn. 70), § 8 Rn. 39.

<sup>93</sup> CSJ (Fn. 1), para. 659 („[...] no deben existir máximas de experiencia aplicables igualmente fundadas, esto es, que no sea posible alcanzar conclusiones alternativas que gocen de un mismo grado de probabilidad; [...] la conclusión del razonamiento indiciario no debe entrar en contradicción con otros hechos declarados probados.“).

<sup>94</sup> CSJ (Fn. 1), para. 106, 123; Zum Beweiswert der Urteile des IAGMR und des Abschlussberichts der CVR, siehe auch *International Center for Transitional Justice*, *Consideraciones técnicas a partir del derecho internacional y el derecho comparado sobre el valor probatorio de algunas pruebas documentales en procesos penales*, 12.1.2009, zugänglich unter:

IAGMR ergibt sich das schon daraus, dass er lediglich über eine vertragsstaatliche Verletzung der sich aus der AMRK ergebenden Pflichten, nicht aber die Verantwortlichkeit *natürlicher* Personen oder gar deren Schuld zu entscheiden hat.<sup>95</sup> Der IAGMR selbst hat diesen Unterschied zwischen kollektiver Staatenverantwortlichkeit und individueller strafrechtlicher Verantwortlichkeit mehrfach betont:

„[...] Since the Court is an international tribunal, it has its own specialized procedures. All the elements of domestic legal procedures are therefore not automatically applicable. [...] The international protection of human rights should not be confused with criminal justice. States do not appear before the Court as defendants in a criminal action. The objective of international human rights law is not to punish those individuals who are guilty of violations, but rather to protect the victims and to provide for the reparation of damages resulting from the acts of the States responsible. [...] In contrast to domestic criminal law, in proceedings to determine human rights violations the State cannot rely on the defense that the complainant has failed to present evidence when it cannot be obtained without the State's cooperation.“<sup>96</sup>

Die Erkenntnisse solch menschenrechtlicher Kontrollorgane sind damit aber nicht völlig bedeutungslos für Strafverfahren über Makrokriminalität. Vielmehr können die menschenrechtlichen Feststellungen zum besseren Verständnis des makrokriminellen Kontexts beitragen, *in casu* der kontextbezogenen Einordnung der Ereignisse in Barrios Altos und La Cantuta mit Blick auf die zwischen 1990 und 1993 existierende systematische und weitverbreitete Praxis extralegalen Hinrichtungen und des Verschwindenlassens von Personen.<sup>97</sup> Als Indizien für die Annahme strafrechtlicher Verantwortlichkeit Fujimoris für die in den Fällen Barrios

Altos, La Cantuta und Sótanos SIE begangenen Verbrechen wertete die Kammer folgende Umstände:<sup>98</sup> (i) die Taten ereigneten sich während der Präsidentschaft Fujimoris und wurden von Angehörigen des peruanischen Geheimdienstes gegen angebliche SL-Mitglieder bzw. politische Gegner begangen;<sup>99</sup> (ii) die Aktionen wurden vom SIN geplant, der vom Präsidentschaftsberater Montesinos geleitet wurde;<sup>100</sup> (iii) dieser wiederum unterstand direkt Fujimori und erstattete diesem regelmäßig Bericht über die Geheimdienstaktivitäten;<sup>101</sup> (iv) Colina entstand auf Anweisung des SIN und war in die DINTE und den SIE integriert;<sup>102</sup> (v) die Aktionen von Colina erforderten umfangreiche logistische, finanzielle und personelle Ressourcen;<sup>103</sup> (vi) jeglicher Versuch der Aufdeckung dieser Aktivitäten, sei es aufgrund von Anzeigen, journalistischen oder gerichtlichen Ermittlungen, wurde von der Fujimori-Regierung mit einer Verschleierungstaktik beantwortet, die in der Leugnung der Taten, der Diskreditierung von Zeugen und der Verfolgung von Anzeigerstattern bestand;<sup>104</sup> (vii) Fujimori hatte nicht nur enge Vertraute in

<sup>98</sup> Siehe ausführlich dazu CSJ (Fn. 1), para. 660-664.

<sup>99</sup> Ebd., para. 660 („Los cuatro hechos objeto de acusación ocurrieron durante el ejercicio del cargo de presidente de la República del imputado, fueron ejecutados materialmente por agentes públicos integrantes de los organismos de inteligencia o de los servicios secretos del Estado, y las víctimas eran, en un caso, ciudadanos sindicados como objetivos de inteligencia porque se les atribuyó abusivamente vinculación con la organización terrorista PCP-SL – a quienes se les ejecutó arbitrariamente o se les secuestró y ejecutó extrajudicialmente –, y en otro caso, un periodista y un empresario a los que se secuestró arbitrariamente como consecuencia de sus actividades sociales.“)

<sup>100</sup> Ebd. („Un dato común, amén de la ejecución delictiva a cargo de agentes de inteligencia, fue la actividad directiva del SIN, encargada por el imputado, como jefe de Estado y de Gobierno a Vladimiro Montesinos Torres.“)

<sup>101</sup> Ebd. („La rígida centralización de las actividades de inteligencia y de control del orden público y seguridad pública no sólo se concentraron en el SIN, sino que se residenció en una persona: Vladimiro Montesinos Torres. Éste sólo rendía cuenta al acusado, y lo hacía regular y constantemente.“)

<sup>102</sup> Ebd. („El Destacamento Especial de Inteligencia Colina nació por disposición del SIN y en los marcos institucionales de la DINTE y del SIE, con la intervención activa de los altos oficiales que integraban sus órganos de dirección, quienes seguían los dictados de Montesinos Torres. Como paso previo se dispuso la creación del Grupo de Análisis – alguno de cuyos integrantes, incluso, fueron felicitados por el acusado Fujimori Fujimori [...]“)

<sup>103</sup> Ebd. („La ejecución de las operaciones especiales de inteligencia referidas a Barrios Altos y La Cantuta [...] importó un despliegue de recursos logísticos y personales de dimensión apreciable [...]“)

<sup>104</sup> Ebd. („Frente a cada denuncia pública, revelación periodística o actividad de investigación que sugería razonablemente una intervención delictiva de agentes y personajes de inteligencia en los hechos de Barrios Altos y La Cantuta, la

<http://www.ictj.org/images/content/1/2/1207.pdf> (zuletzt besucht am 1.11.2009).

<sup>95</sup> IAGMR, Case of the 19 Tradesmen v. Colombia. Merits, Reparations and Costs. Judgment of July 5, 2004. Series C No. 109, para. 141 („In order to establish that a violation of the rights embodied in the Convention has occurred, it is not necessary to determine, as it is under domestic criminal law, the guilt of the perpetrators or their intention, nor is it necessary to identify individually the agents to whom the violations are attributed.“); Case of the “Street Children” (Villagrán-Morales et al.) v. Guatemala. Merits. Judgment of November 19, 1999. Series C No. 63, para. 75 („[u]like domestic criminal law, it is not necessary to determine the perpetrators' culpability or intentionality in order to establish that the rights enshrined in the Convention have been violated, nor is it essential to identify individually the agents to whom the acts of violation are attributed.“)

<sup>96</sup> IAGMR, Velásquez-Rodríguez (Fn. 89), para. 132, 134, 135; Godínez-Cruz, (Fn. 89), para. 138, 140, 141.

<sup>97</sup> CSJ (Fn. 1), para. 124 („[...] a partir del Informe Final de la CVR, puede afirmarse con certeza que las numerosas desapariciones forzadas y ejecuciones arbitrarias perpetradas durante los años mil novecientos noventa – mil novecientos noventa y tres, aquellas atribuidas a agentes del Estado, configuraron una práctica sistemática y generalizada [...]“)

höchsten Positionen des Sicherheitsapparates eingesetzt, sondern verteidigte in amtlicher Funktion ihre Verdienste im Kampf gegen den Terrorismus;<sup>105</sup> (viii) schließlich war es Fujimori, der sich für den Erlass von ermittlungshindernden Gesetzen, wie etwa den genannten Amnestiegesetzen, einsetzte.<sup>106</sup>

*c) Strafrechtliche Würdigung des Verhaltens Fujimoris als mittelbarer Täter kraft Willensherrschaft in einem organisatorischen Machtapparat*

Vor diesem Hintergrund folgte die Kammer, dass auf Grundlage allgemeiner Erfahrungssätze angenommen werden kann, dass Fujimori eine zentrale Rolle bei der Begehung der Verbrechen spielte: Er hatte das höchste Staatsamt inne und verfügte über einen von ihm geschaffenen kriminellen Machtapparat, mit dessen Hilfe er eine Strategie der physischen Eliminierung von angeblichen Terroristen verfolgte; er konzentrierte die Leitung der Geheimdienste in der Person seines engen Beraters Montesinos und wurde von diesem direkt über die Geheimdiensttätigkeiten informiert; er hatte Befehls- und Leitungsgewalt, die nicht nur symbolischer Art war, sondern auch die Ausarbeitung spezifischer Anordnungen beinhaltete.<sup>107</sup> Fujimori sei deshalb als mittelbarer Täter

respuesta desde el Estado, bajo la conducción del SIN, fue un elaborado mecanismo de encubrimiento, que incluyó la negación de las fuentes, el descrédito de los denunciantes, la persecución de los disidentes y, frente a la rotundidad de las evidencias, el acotamiento de la responsabilidad a un sector de los ejecutores materiales, su aislamiento y exclusión de la intervención del conjunto de autores de mayor nivel o jerarquía militar o institucional.“)

<sup>105</sup> Ebd. („El acusado Fujimori no sólo impuso en los cargos más relevantes a personajes de su confianza, sino que, en los casos destacadísimos de Montesinos Torres y Hermoza Ríos, de decisiva intervención superior o calificada en los delitos objeto de juzgamiento, los defendió públicamente ante los cuestionamientos que surgían en su contra.“)

<sup>106</sup> Ebd. („Fue el acusado Fujimori quien promulgó las leyes más cuestionadas, no sólo para consolidar la competencia de la jurisdicción castrense en delitos de lesa humanidad sino para amnistiar a los ejecutores materiales que habían sido condenados[...]“)

<sup>107</sup> Ebd., para. 664 („Ello es así, primero, porque el citado imputado ostentaba el máximo cargo o nivel jerárquico dentro del Estado y que, en un contexto progresivamente autoritario, a partir de lo anterior, decidió constituir un aparato organizado de poder desde el SIN y definir una política específica, en los marcos de la lucha contra la subversión terrorista, para eliminar físicamente a presuntos terroristas; segundo, porque centralizó la inteligencia del Estado en el SIN y en la persona de Montesinos Torres, así como porque integrantes de los servicios secretos fueron los que material o directamente perpetraron los crímenes de Barrios Altos y La Cantuta, y los secuestros de Gorriti Ellenbogen y Dyer Ampudia; tercero, porque Montesinos Torres le rendía cuenta de lo sucedido y, a partir de la extensión de las actividades del SIN y su fortalecimiento institucional, lo mantenía informado

kraft Willensherrschaft aufgrund der Leitung eines organisatorischen Machtapparats strafrechtlich verantwortlich, da die für diese Zurechnungsfigur erforderlichen Voraussetzungen (Bestehen eines Machtapparats, Befehlsgewalt des Hintermanns, Abkehr des Machtapparats von der Rechtsordnung, Ersetzbarkeit und Tatgeneigtheit der Ausführungstäter)<sup>108</sup> erfüllt seien:<sup>109</sup> so habe Fujimori als Präsident nicht nur politische Macht besessen, sondern übe als Oberbefehlshaber der Streitkräfte, der Geheimdienste und der Polizei direkt Befehlsgewalt über die staatlichen Sicherheitsbehörden aus. Er nutzte seine Stellung, um gemeinsam mit anderen hochrangigen Funktionären des Geheimdienstes und der Armee einen Machtapparat zu schaffen und zu leiten, der sich allmählich dadurch von der Rechtsordnung loslöste, dass er eine Politik der selektiven, aber gezielten Eliminierung von angeblichen Terroristen verfolgte.<sup>110</sup> Dabei handelte es sich um einen allmählich voranschreitenden Prozess.<sup>111</sup> Die Kammer stellt klar, dass es sich bei dem jenseits der Rechtsordnung handelnden organisatorischen Machtapparat nicht um den Staatsapparat in seiner Gesamtheit handeln muss, sondern auch ein Teil davon (etwa die Sicherheitskräfte, die Armee oder der Geheimdienst) ausreichte; der Einsatz staatlicher Sicherheitsbehörden zur systematischen Begehung von schweren Menschenrechtsverletzungen gegen angebliche Terroristen oder politische Gegner genüge für die Annahme einer Abkehr des staatlichen Machtapparats von der Rechtsordnung, da es sich bei diesen Taten dann einerseits nicht um bloße, von der Führungsebene missbilligte Einzelaktionen handele<sup>112</sup>, und andererseits ein ausreichender Teil des Staatsapparats für kriminelle Absichten missbraucht werde, selbst wenn er nach außen hin unter dem Deckmantel formaler staatlicher Legalität handele.<sup>113</sup> Bei der Fungibilität (fungibilidad) unterschei-

de todo lo ocurrido; y, cuarto, porque sus potestades de mando y dirección no fueron simbólicas, ni mediatizadas por una previa actuación de órganos colectivos, sino efectivas y directas, de suerte que las ejerció cotidianamente: él era el único que, en esas condiciones, podía hacerlo, y lo hizo.“)

<sup>108</sup> Ebd., para. 726-741; zu diesen Kriterien als Voraussetzungen mittelbarer Täterschaft im Fall Fujimori, siehe *Meini*, ZIS 2009, 603 ff.

<sup>109</sup> CSJ (Fn. 1), Parte III, Capítulo II, § 5. La condición de autor mediato del acusado Fujimori Fujimori, para. 745.

<sup>110</sup> Ebd., para. 745.

<sup>111</sup> Ebd., para. 735. („[...] el nivel superior estratégico del poder estatal se aleja paulatinamente del ordenamiento jurídico.“)

<sup>112</sup> Zu diesem Kriterium siehe auch *Roxin*, Täterschaft und Tatherrschaft, 8. Aufl. 2006, S. 249.

<sup>113</sup> CSJ (Fn. 1), para. 746 unter Bezugnahme auf *Faraldo Cabana*, Responsabilidad penal del dirigente en estructuras jerárquicas, 2003, S. 234 („[...] puede afirmarse que el aparato organizado de poder, que no es ya el Estado en su conjunto sino una concreta organización estatal (piénsese en las Fuerzas y Cuerpos de la Seguridad del Estado, en las Fuerzas Armadas, en los servicios de inteligencia) actúa fuera del marco del Ordenamiento Jurídico, requisito necesario, como sabemos, para aplicar la tesis del dominio de la organización.“); siehe auch *Meini*, El dominio de la organización en el Derecho Penal, 2008, S. 47 ff.

det die Kammer zwei Formen: Während negative Fungibilität bedeute, dass im Falle des (eventuellen) Versagens eines Ausführungstäters sofort ein weiterer zur Verfügung steht, sodass die Tatbegehung auf jeden Fall gewährleistet ist,<sup>114</sup> beziehe sich die positive Fungibilität auf eine Situation, bei der der Hintermann zuvor zwischen verschiedenen potentiellen Ausführungstätern je nach den Umständen und Anforderungen des konkreten Falls die für die Tat geeignetsten Personen auswählen kann.<sup>115</sup> Diese Situation bestand bezüglich der Gruppe Colina, handelte es sich dabei doch um eine kleine, aus etwa 38 Mitgliedern bestehende gut ausgebildete Sondereinheit des Armeegeheimdienstes zur Durchführung geheimdienstlicher Sonderoperationen (sog. *operaciones especiales de inteligencia*); mit ihr wurde gleichsam ein Reservoir fungibler und erhöht tatgeneigter<sup>116</sup> Ausführungstäter zur Liquidierung angeblicher Terroristen und politischer Gegner vorgehalten.<sup>117</sup> Auf die konkrete Fungibilität kommt es damit nicht mehr entscheidend an.<sup>118</sup>

<sup>114</sup> CSJ (Fn. 1), para. 738 („Esta fungibilidad negativa significa, pues, que una posible abstención de la persona interpuesta para realizar los designios delictivos del plan criminal de la organización que le fueron asignados, no impedirá que aquellos sean materializados. Ello, porque el incumplimiento de la orden por el primer ejecutor determinará, por la propia estructura del aparato de poder, que un segundo ejecutor tome inmediatamente su lugar, no afectándose en nada la concreción de la conducta punible.“).

<sup>115</sup> Ebd., para. 738 („[L]a fungibilidad en sentido positivo otorga al nivel estratégico superior la posibilidad de elegir, para la comisión del hecho punible, la mejor opción entre todos los ejecutores que tiene a disposición el aparato de poder.“).

<sup>116</sup> Zur erhöhten Tatgeneigtheit als entscheidendes Kriterium wieder *Schroeder*, ZIS 2009, 569 ff. m.w.N.; auch *Roxin*, in: Hoyer/Müller/Pawlik/Wolter (Hrsg.), Festschrift für Friedrich-Christian Schroeder zum 70. Geburtstag, 2006, S. 387 (S. 397).

<sup>117</sup> Zur Struktur von Colina siehe CSJ (Fn. 1), para. 337; <http://www.agenciaperu.com/investigacion/2001/MAY/COLINA.HTM> (zuletzt besucht am 23.10.2009); Nach Ansicht von *Herzberg*, ZIS 2009, 576 ff. reicht die Größe von Colina und die Zahl der von ihr begangenen Taten nicht aus, um von einem organisatorischen Machtapparat zu sprechen; auch fehle es hinsichtlich konkreter Taten und Opfer trotz des Einsatzes eines Machtapparat an der Garantie des Erfolgseintritts.

<sup>118</sup> Vgl. auch *Ambos*, Der Allgemeine Teil des Völkerstrafrechts, 2. Aufl. 2004, S. 597 ff., 615; *ders.* (Fn. 70), § 7 Rn. 26, wonach Fungibilität nicht rein empirisch (naturalistisch) verstanden werden kann und (damit) das gelegentliche Fehlen konkreter Fungibilität kein grundsätzliches Hindernis für die Tatherrschaft des Hintermanns darstellt; siehe nun auch *Osiel*, Making Sense of Mass Atrocity, 2009, S. 102 („In assessing the superior‘ misconduct, the capacity to switch subordinates between positions may not be the most relevant type of control, [...]“). *Pariona*, ZIS 2009, 609 ff. hält die Fungibilität sowie die erhöhte Tatgeneigtheit nicht für Voraussetzungen (*presupuestos*), sondern nur Erscheinungs-

d) Die Abgrenzung zu anderen strafrechtlichen Beteiligungsformen

Die Kammer lehnt die Anwendung der Figur der Vorgesetztenverantwortlichkeit ab, da es sich dabei um eine Unterlassungsverantwortlichkeit handele,<sup>119</sup> Fujimori aber aktiv die Schaffung des besagten organisatorischen Machtapparats betrieben und diesen mit Blick auf die konkrete Verbrechensbegehung geleitet habe.<sup>120</sup> Die Kammer setzt sich allerdings in diesem Zusammenhang nicht mit der gerade in der deutschen Strafrechtswissenschaft vertretenen Ansicht auseinander, wonach dem Regierungschef als Amtsträger eine Sonderverantwortlichkeit (Garantenstellung) zukomme, aufgrund derer er die Bevölkerung vor der Begehung von Verbrechen durch den staatlichen Machtapparat zu schützen habe, weshalb die (aktive oder passive) Nichterfüllung dieser (Sonder-) Pflicht seine täterschaftliche Verantwortlichkeit begründen könne.<sup>121</sup>

Hinsichtlich der Zurechnungsform der Mittäterschaft verweist die Kammer auf das von *Roxin* vorgebrachte Argument, dass es zwischen dem unmittelbaren (Ausführungs-) Täter und dem hochrangigen Führungstäter, der den organisatorischen Machtapparat kontrolliere, an einem gemeinsam vereinbarten Tatplan und dem arbeitsteiligen Zusammenwirken i.S. der erforderlichen Horizontalität fehle.<sup>122</sup> Stattdessen

merkmale (*características*) der Organisationsherrschaft. Für eine Relativierung der Fungibilität nun auch der IStGH: „Attributes of the organisation – other than the replaceability of subordinates – may also enable automatic compliance with the senior authority’s orders. An alternative means by which a leader secures automatic compliance via his control of the apparatus may be through intensive, strict, and violent training regimes.“ (Prosecutor v. Katanga and Ngudjolo, Decision on the Confirmation of Charges, 30.9.2008 (ICC-01/04-01/07-717), para. 518; Herv. d. Verf.). Ausdrücklich anders *Rotsch*, „Einheitstäterschaft“ statt Tatherrschaft, 2009, S. 326 ff.; *ders.*, ZStW 112 (2000), 526 ff.

<sup>119</sup> CSJ (Fn. 1), para. 743 („[...] la Responsabilidad del Superior es interpretada por la doctrina, y regulada en el Derecho Penal Internacional, como un comportamiento omisivo.“).

<sup>120</sup> Ebd., para. 744 („[...] la autoría mediata por dominio de la voluntad en aparatos de poder organizados [...], en esencia, siempre será un comportamiento de comisión pero que se traslada desde la dación de la orden por el nivel estratégico superior hacia la ejecución concreta de la misma por la persona interpuesta.“).

<sup>121</sup> Dezidiert zum Fall Fujimori siehe *Jakobs*, ZIS 2009, 572 ff.; allg. *Murmann*, in: Satzger/Schmitt/Widmaier (Hrsg.), Strafgesetzbuch, Kommentar, § 25 Rn. 28; zur normativen Korrektur eines rein naturalistisch verstandenen Fungibilitätskriteriums durch Rückgriff auf die Struktur der Pflichtdelikte auch *Ambos* (Fn. 118), S. 599 ff.; eher ablehnend aber *Roxin*, Strafrecht, Allgemeiner Teil, Bd. 2, 2003, S. 54 mit Fn. 165 („Ob eine solche Konstruktion im Rahmen der Organisationsherrschaft notwendig ist, erscheint mir zweifelhaft.“).

<sup>122</sup> CSJ (Fn. 1), para. 726 („[La] expresión [„asignación de roles“] resulta más ideográfica que aquellas que usa comúnmente la doctrina penal contemporánea para explicar la rela-

erteile der Führungstäter, im Sinne einer vertikalen Struktur, Befehle, die auf unterster Ebene vom Ausführungstäter vollstreckt werden. Die Organisationsspitze des Machtapparats könne dabei darauf vertrauen, dass aufgrund des selbständigen Funktionierens des Machtapparates und der Tatbereitschaft des unmittelbaren Täters die Tat begangen werde.<sup>123</sup> Schließlich lehnt die Kammer auch die Annahme einer Anstiftung ab, da diese Fujimoris Rolle als Zentralfigur des Machtapparats verkenne.<sup>124</sup>

## VI. Fazit

Das Urteil gegen Alberto Fujimori kann aus mehreren Gründen als historisch bezeichnet werden. Mit Fujimori wurde zum ersten Mal ein ehemaliger Präsident zur Aburteilung schwerer Menschenrechtsverletzungen an sein Heimatland ausgeliefert, dort wurde ihm ein fairer Prozess gemacht. Was die Begründung persönlicher Verantwortlichkeit Fujimoris angeht, so bestätigt das Urteil – erneut<sup>125</sup> – die Leistungsfä-

ción entre el nivel estratégico y el ejecutor, y que aluden a una división del trabajo o distribución de funciones. Es más, tales referencias podrían confundir la autoría mediata con supuestos de coautoría.“) unter Verweis auf *Roxin*, *Problemas Actuales de Dogmática Penal*, 2004, S. 234; dagegen nimmt *Jakobs*, ZIS 2009, 572 ff. an, dass auch in solchen Fällen von einem arbeitsteiligen Zusammenwirken und einem gemeinsamen Tatentschluss gesprochen werden kann, so dass die Annahme von Mittäterschaft die rechtliche Gleichheit der Beteiligten und ihr gegenseitiges aufeinander Angewiesen- sein besser trifft.

<sup>123</sup> CSJ (Fn. 1), para. 726 („El fundamento de ello no radica en un estado de ánimo especial del nivel superior estratégico, sino en el ‚mecanismo funcional del aparato‘, esto es, su ‚automatismo‘ o desarrollo de un proceso o funcionamiento por sí sólo. En consecuencia, el hombre de atrás podrá confiar siempre en que su orden o designio criminal se van a cumplir sin necesidad de que tenga que conocer al ejecutor inmediato.“).

<sup>124</sup> CSJ (Fn. 1), para. 720 („Es importante destacar que en torno a esta modalidad de autoría mediata, subsisten algunas posiciones discrepantes entre los autores nacionales y extranjeros que la confunden con supuestos de coautoría, instigación o complicidad, pese a no darse en ella la horizontalidad, o la relación directa o periférica que caracteriza a aquéllas.“); krit. insoweit *Herzberg*, ZIS 2009, 576 ff.

<sup>125</sup> Neben den bekannten Fällen des Verfahrens gegen die argentinische Militärjunta (Cámara Nacional de Apelaciones en lo Criminal y Correccional de la Capital 9.12.1985, Fallos CSJ, Bd. 309-I/II, 33 sowie CSJ 30.12.1986, Fallos CSJ, Bd. 309-II, 1689) und die DDR-Funktionseliten (BGHSt 40, 218) ist die Organisationsherrschaftslehre auch schon zweimal in Peru, nämlich gegen den SL-Führer Abimael Guzman (Sentencia de la *Sala Penal Nacional*, Primera Instancia, Exp. Acumulado N°. 560-03, 13.10.2006, zugänglich unter: <http://www.icj.org/IMG/GuzmanDecision.pdf>; *Segunda Sala Penal Transitoria de la CSJ*, Sentencia de Segunda Instancia, Recurso de Nulidad No. 5385-2006, 14.12.2007, zugänglich unter: <http://www.unifr.ch/ddp1/derechopenal/jurisprudencia/>

higkeit der Organisationsherrschaftslehre in Fällen makro-krimineller Verantwortlichkeit von Führungstätern. Es stellt eine geradezu exemplarische Anwendung dieser Lehre auf einen organisatorischen Machtapparat, einen Geheimdienst, als Teil des Staatsapparats, gleichsam als Staat im Staate dar. Es zeigt die Überlegenheit dieser Lehre gegenüber der Vorgesetztenverantwortlichkeit und dem „gemeinsamen kriminellen Unternehmen“ (joint criminal enterprise) als konkurrierenden Formen individueller Verantwortlichkeit auf völkerstrafrechtlicher Ebene.<sup>126</sup> Es macht deutlich, dass die Anerkennung mittelbarer Täterschaft in Art. 25 Abs. 3 lit. a IStGH-Statut und die (kombinierte) Anwendung der Tatherrschaftslehre zur Begründung mittäterschaftlicher oder mittelbarer täterschaftlicher (organisationsherrschaftlicher) Verantwortlichkeit durch die Vorverfahrenskammern des Internationalen Strafgerichtshofs<sup>127</sup> Zustimmung verdient. Denn die bekannten Probleme der Organisationsherrschaftslehre, die auch in dieser Sonderausgabe noch einmal dezidiert in Erinnerung gerufen worden sind,<sup>128</sup> ändern nichts an ihrem einzigartigen Verdienst, die Verantwortlichkeit von Führungstätern in Fällen makrokriminellen Systemunrechts plastisch sichtbar zu machen und den Unrechts- und Schuldgehalt ihres Verhaltens angemessen zu erfassen.

[j\\_20080616\\_33.pdf](#), beide zuletzt besucht am 28.9.2009) und den Oberbefehlshaber des Generalstabs der Streitkräfte unter der Fujimori-Regierung (Corte Superior de Justicia de Lima, Primera Sala Penal Especial, Exp. No. 03-2003-1° SPE/CSJLI, 8.8.2008, zugänglich unter: [http://www.pj.gob.pe/CorteSuprema/documentos/SENTENCIA\\_CANTUTA\\_SPE\\_CSJLIMA\\_100408.pdf](http://www.pj.gob.pe/CorteSuprema/documentos/SENTENCIA_CANTUTA_SPE_CSJLIMA_100408.pdf) (zuletzt besucht am 2.11.2009) angewendet worden.

<sup>126</sup> Vgl. zum internationalen Diskussionsstand *Olásolo* (Fn. 84); *Ambos*, Command responsibility and Organisationsherrschaft: ways of attributing international crimes to the „most responsible“, in: Nollkaemper/van der Wilt (Hrsg.), *System criminality in international law*, 2009, S. 127-157 mit zahlreichen Nachweisen.

<sup>127</sup> Vgl. *Prosecutor v. Lubanga*, Decision on the confirmation of charges, 29.1.2007 (ICC-01/04-01/06-803), para. 330 ff. (Anerkennung Tatherrschaftslehre als „control over the crime“), 342 ff. (funktionelle Tatherrschaft [„joint control over the crime“] bei Mittäterschaft); *Prosecutor v. Katanga and Ngudjolo* (Fn. 118), para. 480 ff. (Anerkennung Tatherrschaftslehre als „control of the crime approach“), 490 ff. (Mittäterschaft [„co-perpetration“] und mittelbarer Täterschaft [„indirect perpetration“]), para. 495 ff. (mittelbare Täterschaft kraft eines organisatorischen Machtapparats); *Prosecutor vs. Jean-Pierre Bemba Gombo*, Decision pursuant to article 61 (7) (a) and (b) on the charges against Jean-Pierre Bemba Gombo, 15.6.2009 (ICC 01/05-01/08), para. 348 (Anerkennung funktioneller Tatherrschaft); zu dieser Entscheidung *Ambos*, *Leiden Journal of International Law* 22 (2009), 715 ff.

<sup>128</sup> Vgl. aus deutscher Perspektive insbesondere die Beiträge von *Jakobs* und *Herzberg* und aus peruanischer Perspektive die von *García* und *Meini*.